

er in welche Verstrickung geriet. Er muß sich jetzt in einem Rechtsstaat verantworten, der keine wie auch immer

vom Recht abgehobene Legitimität zu beanspruchen hat.

Ich beneide nicht die Justiz und hielte es für fatal, wenn sie sich – unbenommen ihrer eigenen unabhängigen Prüfung des Einzelfalls –, was die Wertung der nationalpolitischen Zusammenhänge angeht, allein gelassen fühlte.

Allein kann die Justiz der großen Aufgabe gewiß nicht gerecht werden. Ihre am Einzelfall normierten Verfahren könnten sich, wie schon unterschiedliche Urteile zum gleichen Sachverhalt zeigen, für eine Gesamtbewältigung als untauglich erweisen. Eine bewährte Rechtsordnung darf nicht Schaden nehmen, indem der Eindruck entsteht, es würden die Untergebenen hinter Gitter geschickt und die Vorgesetzten ungeschoren davonkommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Aber ich hielte es für ungerecht, überforderte Staatsanwälte und Richter zur Zielscheibe von Groll über den Stand der Dinge zu machen, einen Stand der Dinge, von dem wir wissen, daß er von vielen im Osten, aber auch im Westen, mit Enttäuschung und Irritation begleitet wird. Eher wäre danach zu fragen, ob genug darüber nachgedacht worden war, wie sie mit dem fertig werden sollen, was ihnen aufgeladen wurde, und ob nicht ganz andere Vorkehrungen hätten getroffen werden müssen, vielleicht noch getroffen werden können, um im Länder-Bund-Verhältnis neue und wirksame Formen kooperativer Rechtshilfe zu entwickeln.

Für unseren deutschen Neubeginn wäre es unnötig belastend, würde ein Aufarbeiten der Vergangenheit in dem Sinne betrieben, daß der rechtlich, politisch oder moralisch zur Verantwortung Gezogene sich wie zwischen zwei Spiegeln befindlich fühlte, um ein Bild eines tschechoslowakischen Schriftstellers, der jetzt auch Diplomat ist, zu gebrauchen: Er, der mit der Verantwortung Konfrontierte, meint, wenn er in den Spiegel vor sich schaut, er blicke in die neue Richtung, und doch ist es in Wirklichkeit die alte.

Mit opportunistischem Verdecken oder voreiligem Vergessen haben solche Erwägungen nichts zu tun. Daß allein mit den Mitteln des Rechtsstaats die Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden kann, wissen wir alle. Sorgfältig vorbereitete Foren, ein vieltausendfaches offenes Gespräch der Bürger und gerade auch die Kommission des Deutschen Bundestages können dabei helfen. Was wir dabei vor allem brauchen, ist die Kraft zur Differenzierung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.])

Aus dieser Kraft zur Differenzierung kann Konsens erwachsen. Und der Blick nach vorn darf dann nicht durch Gespenster der Vergangenheit verstellt werden. In diesem Sinne darf ich der Kommission eine überzeugende Arbeit wünschen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS/Linke Liste)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat der Bundeskanzler Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war nicht meine Absicht, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, weil ich glaube, es ist wichtig, daß vor allem Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern – das ist jetzt der Ausdruck, Herr Brandt – hier sprechen und wir aufmerksam zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Aber nachdem ich auf Grund einer Bemerkung des Kollegen Brandt hier das Wort ergriffen habe, will ich zunächst einmal für die Bundesregierung sagen, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun werden, um die Arbeit der Enquete-Kommission zu unterstützen. Ich halte diese Arbeit – hier stimme ich dem Kollegen Brandt zu – für einen der wichtigsten historischen Aufträge an unsere Generation. Denn ich bin weiterhin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, die materiellen Verhältnisse in den neuen Bundesländern in Ordnung zu bringen, daß wir jedoch sehr viel länger – hier stimme ich wiederum dem Kollegen Brandt zu – daran zu tragen haben werden, die seelischen Verwundungen dort zu heilen.

Herr Kollege Brandt, weil Sie den Vergleich gezogen haben: Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussion – ich war damals noch Schüler –, als die Entnazifizierung begann. Damals haben manche im westlichen Teil unseres Vaterlandes, in der späteren Bundesrepublik, geglaubt, das sei in ein paar Jahren abgeschlossen. Wenn Sie heute die internationale Diskussion betrachten, stellen Sie jedoch fest, daß gerade jetzt, gegenüber dem wiedervereinten Deutschland, dies alles wiederkommt – und das wird so bleiben, solange Menschen leben, die die NS-Zeit ganz persönlich erlebt haben. Diese Erfahrung ist, glaube ich, wichtig auch im Blick auf das, was wir jetzt gemeinsam tun wollen.

Ich will meinen besonderen Respekt dem Kollegen Eppelmann bezeugen, der hier in einer sehr einfühlsamen Weise eine Richtung für diese Arbeit gewiesen hat. Ich möchte hoffen, daß wir das so begreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gemeldet habe ich mich, Herr Kollege Brandt, weil Sie eine Bemerkung machten, von der ich hoffe, daß sie nur mißverständlich formuliert war. Denn das, was Sie zum Besuch des damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR 1987 sagten, läßt sich natürlich so nicht halten, es sei denn, es soll eine Legendenbildung begründen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU – Gerhard O. Pfeffermann [CDU/CSU]: